

Rede

Nr. 232/2025

Kiel, 16.10.2025

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Informieren ohne zu rekrutieren

„Gerade im Politikunterricht ist es richtig, das ganze Spektrum vorzustellen, also auch und gerade kontroverse Positionen. So verstehe ich auch die Einladung der Jugendoffiziere. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass es in dem Antrag nicht nur einseitig um den Besuch von Jugendoffizieren gehen würde. Damit wird nämlich den Schulen eine Einseitigkeit unterstellt, die ich bislang nicht feststellen konnte.“

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 14 - Schulbesuche von Jugendoffizieren ausweiten
(Drs. 20/3597)

Die jungen Menschen schauen mit wachen Augen zu, was um sie herum passiert. Es ist an uns, ihnen zur Orientierung solide und verlässliche Informationen zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet, dass sich Schülerinnen und Schülern ihre eigene Meinung bilden sollen und eben nicht indoktriniert werden. Das sollte in allen Schulen selbstverständlich sein. Genau das passiert nicht, wenn sie nur das hören, was sie sowieso schon kennen. Gerade im Politikunterricht ist es richtig, das ganze Spektrum vorzustellen, also auch und gerade kontroverse Positionen. So verstehe ich auch die Einladung der Jugendoffiziere. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass es in dem Antrag nicht nur einseitig um den Besuch von Jugendoffizieren gehen würde. Damit wird nämlich den Schulen eine Einseitigkeit unterstellt, die ich bislang nicht feststellen konnte. Generalinspekteur Carsten Breuer hatte erst letzte Woche mitgeteilt, dass sich im Vergleich zu 2024 15 Prozent mehr junge Menschen für den



freiwilligen Wehrdienst entschieden haben. Das belegt in meinen Augen, wie aufmerksam die jungen Leute das Geschehen analysieren und eigene Schlüsse daraus ziehen.

Was in der Politik kontrovers ist, muss auch in entsprechenden Unterrichtseinheiten kontrovers präsentiert werden können.

Auf diese Weise werden die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt, die politische Situation und auch die eigene Haltung zu bedenken und sich aktiv am politischen Prozess zu beteiligen zu können. Der im Antrag erwähnte Beutelsbacher Konsens sieht ja ausdrücklich vor, dass diese Aktivierung bedeutet, dass die Schülerinnen und Schüler angeregt werden sollen, ihren Einfluss politisch geltend zu machen.

In dem Antrag ist die Rede von Bildungseinrichtungen. Ich hoffe sehr, dass damit alle Schulen gemeint sind, also auch die weiterführenden Schulen, berufsbildende Schulen, Ersatzschulen und nicht zuletzt auch die Schulen der dänischen Minderheit.

Ich bin selbst auf einem Marinestützpunkt groß geworden und kenne das Sendungsbewusstsein mancher Offiziere. Tatsächlich haben einige Offiziere den Besuch in den Schulen nicht als Teil des Politikunterrichtes verstanden, sondern als so eine Art Berufsberatung. Dabei haben sie nicht an positiven Berichten über ihren Alltag gespart. Das hat viele Eltern alarmiert.

Natürlich gehören zur Schule auch Erfahrungsberichte aus unterschiedlichen Berufsfeldern. Die Handwerkskammern nutzen beispielsweise seit Jahrzehnten dieses Angebot und bieten neben guten Informationen auch praktische Einblicke in den Berufsalltag.

Ich möchte aber ausdrücklich darum bitten, dass der Besuch der Jugendoffiziere nur der Information gelten soll – im Rahmen des Politikunterrichtes.

